



Detailansicht des Registereintrags

Adalberto Vasconcelos de Araújo , Dipl.-Kfm.Univ.

Aktuell seit 30.01.2026 16:30:56

Natürliche Person

Registernummer:	R007443
Ersteintrag:	24.06.2025
Letzte Änderung:	30.01.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	24.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatperson

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Finanzierungsquelle

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,10

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (9):

Sonstiges im Bereich "Bundestag"; Seniorenpolitik; Rechtspolitik; Strafrecht; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Verbraucherschutz; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Das Anliegen unseres Projekts ist die Stärkung unserer Demokratie auf gesamtgesellschaftlicher Ebene durch die Einrichtung eines Verbraucherschutzmechanismus auf individueller Ebene. Ziel ist es, den Verbraucher als Individuum - als Kernelement unseres souveränen Staates - mit wirksamen Rechtsschutzmechanismen auszustatten, sodass er Verstöße gegen seine Verbraucherrechte unbürokratisch, kostenfrei und effektiv ahnden kann. Deshalb engagiere ich mich in der Lobbyarbeit zur Sensibilisierung von Entscheidungsträgern - vor allem im Bundestag.

Deutschland gleicht einem Diamanten, der für die Herausforderungen der Gegenwart neu geschliffen werden muss. Mit unserem Projekt leisten wir - sofern es seine Ziele erreicht - einen Beitrag zu diesem demokratischen Erneuerungsprozess. Ein wirksamer Verbraucherschutz verbessert die Lebensqualität jedes Einzelnen nachhaltig - unabhängig von sozialem Status oder Vermögen. Jeder Verbraucher wird in Deutschland von vornherein respektvoll und lösungsorientiert behandelt.

In Deutschland ist die Macht von Unternehmen aller Art in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich gewachsen. Zur Kapitalmacht traten rechtliche, wissenschaftliche und technologische Fortschritte hinzu, die in ihrer Gesamtheit eine Konstellation geschaffen haben, welche die Regulierungsmacht des Staates faktisch in eine strukturelle Unterlegenheit bringt. Diese staatliche Schwäche, verbunden mit dem exponentiellen Machtzuwachs deutscher Unternehmen in nahezu allen Verbrauchersektoren, hat zu einem reflexiven Rechtssystem geführt, in dem Regelungen nicht selten Ergebnis von Verhandlungen sind und teilweise von ihren eigenen Adressaten mitgestaltet werden.

Aufsichts- und Regulierungsbehörden wie die BaFin, die Bundesnetzagentur, der Medizinische Dienst der Krankenversicherung, die Rechtsanwaltskammern und vergleichbare Institutionen tragen in der Praxis nur unzureichend dazu bei, Verbraucher effektiv vor Rechtsverstößen der von ihnen beaufsichtigten Dienstleister zu schützen. Es sei zudem daran erinnert, dass Verbraucherschutzorganisationen bei uns in der Regel nicht dem Schutz einzelner Verbraucher dienen, sondern vornehmlich kollektive oder strukturelle Interessen verfolgen.

Einzelne Verbraucher in Deutschland verfügen über unzureichende Rechtsschutzmöglichkeiten. Die Durchsetzung ihrer Rechte ist oft teuer und umständlich, sodass viele aufgeben. Diese strukturelle Unterlegenheit gegenüber wirtschaftlich und institutionell überlegenen Dienstleistern zeigt die Notwendigkeit eines verbindlichen Verbraucherschutzes auf individueller Ebene.

Ziel des Projekts Deutschland21Jh.de:

Bürgerinnen und Bürger als Pfeiler unserer Demokratie in ihrer Rolle als individuelle Verbraucher fair zu stärken, sodass Verstöße gegen ihre Verbraucherrechte schnell, effektiv, wirksam, kostenfrei und unbürokratisch abgewendet werden können – direkt angestoßen vom Betroffenen, unter der Führung einer Bundesverbraucherschutzagentur (Details siehe Projektwebseite).

Hohe Verkaufszahlen verpflichten zu höchster Exzellenz in Leistung und Kundenservice. Kein Einzelner darf Opfer mangelhaften Services werden. Starker Verbraucherschutz fördert Exzellenz in Unternehmen und macht Fachkräfte deutscher Dienstleistungsunternehmens weltweit zu gefragten Expert:innen - ein klarer Gewinn für den Standort Deutschland.

„STÄRKE SCHRECKT AGGRESSION AB, SCHWÄCHE HINGEGEN LÄDT ZUR AGGRESSION EIN.“ (Bundeskanzler F. Merz). Diese Maxime gilt sinngemäß für individuelle Verbraucher auch.

Mit diesem Projekt stärken wir unsere Demokratie - dafür brauchen wir jede Unterstützung (Details siehe Projektwebseite)

<https://deutschland21jh.de/>

Konkrete Regelungsvorhaben (1)

1. Rechtsschutzmechanismus für Verbraucher auf der Individuums-Ebene

Beschreibung:

Unpersönlichkeit in den Bezieh. zw Konsumenten und Lieferanten ist normal, das heißt, der Lieferant kann einen Vertrag abschließen, der Millionen von Verbrauchern (=V.) jeden Alters gleichzeitig erreicht, ohne Rücksicht auf die Individualität jedes einzelnen V.. Wenn jedoch V. Probleme mit einer jur. Person hat, wird es für V. kompliziert/teuer. Für V. ist es oft schwierig und kostspielig, Rechtsstreitigkeiten aufgrund von Verletzungen ihrer V.Rechte zu klären oder zu verfolgen. Die Durchsetzung von V.Rechten auf Individuumsebene ist oft mit einem erheblichen Zeit- und Kostenaufwand verbunden, was die Rechte jeden V. extrem schwächt. Mit einem kostenfreien Rechtsschutzmechanismus sollen Verbraucher in die Lage veretzt werden, Verstöße gg V.Rechte effektiv zu lösen (u.a. Beweislastumkehr).

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]; PatBeteiligungsV [alle RV hierzu]; UWG 2004 [alle RV hierzu]; TKG 2021 [alle RV hierzu]; BDSG 2018 [alle RV hierzu]; StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Seniorenpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bundestag" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro